

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



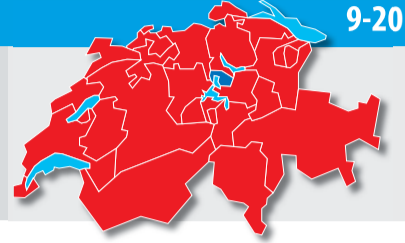
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton ZUG 9-20

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr!

Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen.

Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen.

Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen?

Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.



**bürger
nah
und
verlässlich**

Thomas Werner
in den Ständerat



**Für eine
sichere
Zukunft
in Freiheit**



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

**Deshalb
wähle ich am
22. Oktober**



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüßen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Jahre hat die Lage für die Schweizer Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen massiv verschärft:

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.



Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsten Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022: plus 180'000 Personen in einem Jahr!

Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen. Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika. Niemand weiss, wo sich diese Personen inzwischen befinden.

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

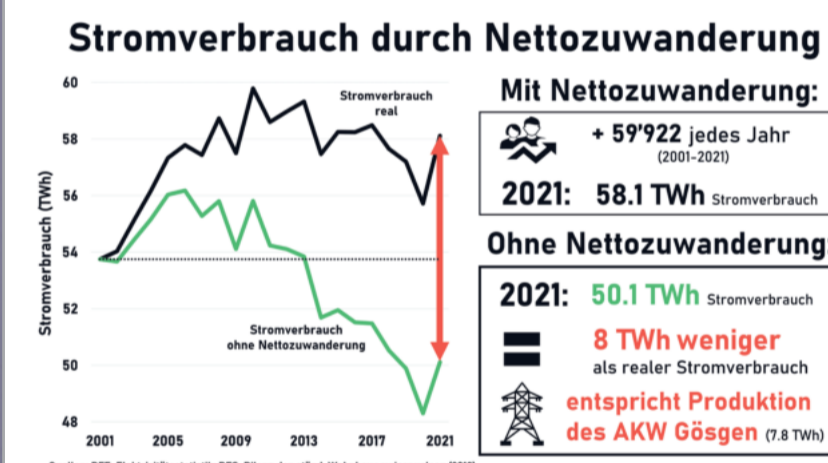
So zeigt eine im November 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt. Das liege an «bildungsfernen, migrantisch geprägten Milieus», so der Studienleiter. Es handle sich um ein «Migrationsproblem».

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylummigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Infrastrukturen am Anschlag

Die Stautunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren vervielfacht! Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden die Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffpreisen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen mit ihrer Anti-Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den Anschlag.



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15-jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



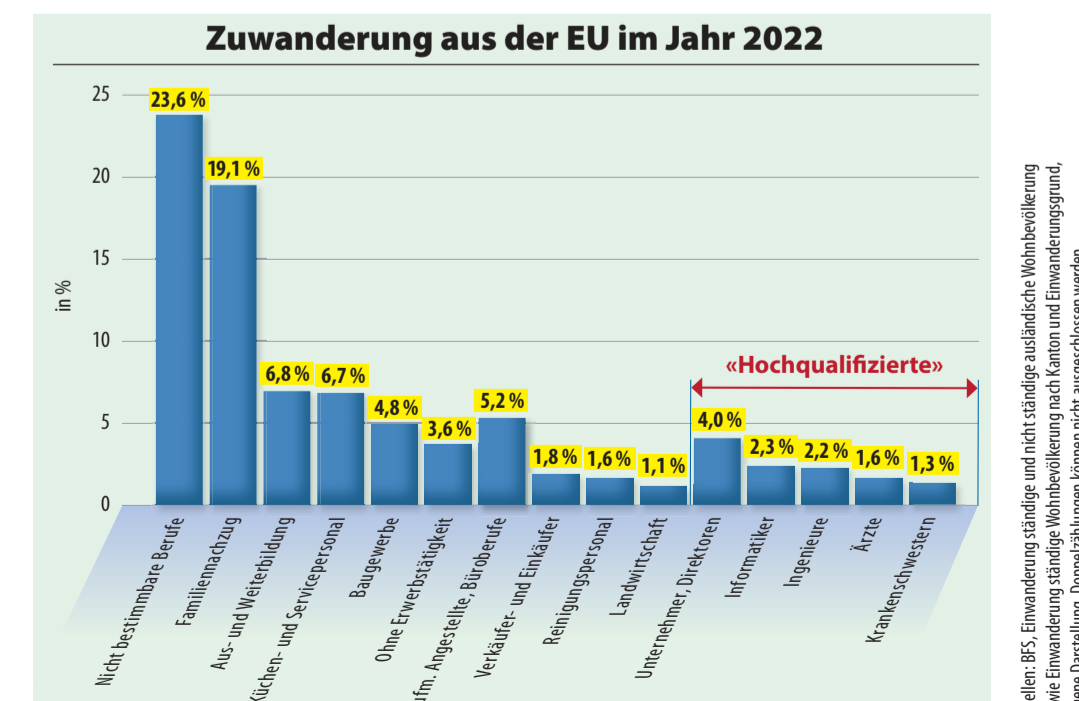
Wohlstandsverlust

Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren 2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt, Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Mehr Mut für Zug: Stopp dem «Zug-Bashing»!



Liebe Zugerinnen, liebe Zuger

Die Entwicklung des Kantons Zug ist eine Erfolgsgeschichte. Unser Kanton ist hochinnovativ, zukunftsorientiert und erfolgreich. Die Lebensqualität ist Spitze und die Unternehmen profitieren von hervorragenden Rahmenbedingungen. Dass es unserem Kanton und unseren Gemeinden so gut geht, ist dabei alles andere als selbstverständlich. Zu den Erfolgsgaranten gehören eine vorausschauende Finanzpolitik, Haushaltsdisziplin unter SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler und eine moderate Steuerbelastung. Aber auch bürgernahe Strukturen und eine Trennung des vielleicht Wünschbaren vom Notwendigen sind wichtige Grundlagen.

Heute ist der Kanton Zug einer der wichtigsten Lebens- und Wirtschaftsstandorte der Schweiz. Bei rund 132'000 Einwohnern bietet er beispielsweise über 110'000 Arbeitsplätze. Im kantonalen Handelsregister sind gegen 40'000 Unternehmen eingetragen. Dass auch internationale Unternehmen im Kanton Zug investieren und Wohlhabende unseren Kanton als Wohnsitz wählen – davon profitiert die breite Bevölkerung. Ohne «gute Steuerzahler» in den Zuger Gemeinden würde sich die Steuerlast für die Gesamtbevölkerung massiv erhöhen.

dies einen Betrag von 2'970 Franken aus! Zug leistet pro Kopf mehr als doppelt so hohe Finanzausgleichszahlungen wie der nächstfolgende Kanton Schwyz: Dort betragen die Pro-Kopf-Zahlungen 1'344 Franken.

Leider ist es so, dass der Kanton Zug mit seinen immer höheren NFA-Verpflichtungen auch Kantone mit «durchfüttern» muss, die mangelnde Ausgabendisziplin an den Tag legen und sich viel zu aufgeblähte Verwaltungsapparate leisten. Dafür war der Finanzausgleich nie gedacht! Selbstverständlich sollen sich wirtschaftlich

Erfolg schafft auch Neider. In den letzten Jahren – besonders nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine – mussten wir leider feststellen, dass linke Kreise und mit ihnen einige Medien den Kanton Zug vermehrt mit Dreck bewerfen. Solches «Zug-Bashing» weist die SVP entschieden zurück! Als kleiner Kanton braucht Zug gerade in Bundesbern eine starke Vertretung, die konsequent für die Zuger Interessen eintritt. Dafür steht die SVP Kanton Zug mit ihrem Nationalrat Thomas Aeschi ein – und dafür stehe ich als Ständeratskandidat. Stärken Sie uns mit Ihrer Stimme am 22. Oktober den Rücken. Ihre Stimmen für die SVP sind ein klares Bekenntnis zum Erfolgsmodell Kanton Zug.

Doch bei allen Fortschritten, die wir erzielen konnten, ist es wichtig, die Balance zu halten. Auf Dauer ist es zu kurzfristig, alles der Wirtschaft unterzuordnen. Wir brauchen im Kanton Zug auch in Zukunft eine intakte Natur und Rückzugsgebiete. Das Bevölkerungswachstum – gerade auch im Kanton Zug – kann so nicht weiter gehen! Der Zuwanderungsdruck verstopft nicht nur unsere Strassen, er verknappt auch den Wohnraum und

lässt die Lebenshaltungskosten immer stärker ansteigen. Hier braucht es eine Kurskorrektur! Wir wollen die Zuwanderung begrenzen und endlich eigenständig steuern. Wenn Sie das auch so sehen, dann wählen Sie am 22. Oktober die SVP.

das Volk zu entlasten – statt zuzusehen, wie die Gebühren und Abgaben laufend steigen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung am 22. Oktober!

Thomas Werner
Kantonsrat, Präsident SVP Kanton Zug
Unterägeri

Thomas Werner
in den
Ständerat

«Pro Kopf bezahlt der Kanton Zug im Jahr 2024 einen Betrag von 2'970 Franken an andere Kantone!»

Von den Zuger Erfolgen profitieren auch die anderen Kantone. Nach Zürich ist der Kanton Zug der zweitgrösste Nettozahler in den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Im Jahr 2024 muss der Kanton Zug an die anderen Kantone Nettoausgleichszahlungen in der Höhe von 383 Millionen Franken tätigen. Pro Kantonseinwohner macht

erfolgreiche Kantone guteidgenössisch solidarisch mit jenen Kantonen zeigen, die z.B. mit unvorteilhaften topografischen Gegebenheiten zu kämpfen haben. Es kann aber nicht sein, dass Zug Jahr für Jahr immer mehr bezahlen muss, während andere immer mehr kassieren. Wir sind nicht die «Milchkuh der Nation»!



«Wir Zugerinnen und Zuger sind nicht die Milchkuh der Nation!»

Nein zur Asyl-Durchgangsstation Steinhausen

Zu teuer, zu luxuriös: Alleine gegen die anderen Parteien stimmte die SVP im Zuger Kantonsrat im Juni 2023 Nein zur Durchgangsstation Steinhausen. Das Projekt setzt zum falschen Moment die falschen Zeichen.



Die Kosten von über 15 Millionen Franken für die Asyl-Durchgangsstation Steinhausen sind viel zu hoch. Bild: shutterstock



Philip C. Brunner, Präsident SVP-Kantonsratsfraktion, Zug

Die Kosten von über 15 Millionen Franken erscheinen vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Durchgangsstation für Asylbewerber während weniger Wochen handelt, enorm hoch. Die SVP anerkennt zwar durchaus, dass die heutige bauliche Situation in Steinhausen unbefriedigend ist. Es ist jedoch ein völlig falsches Signal, einen eigentlichen Luxusbau für bis zu 250 Plätze zu errichten, während aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in diversen Gemeinden (z.B. in der Stadt Zug) Schulkinder und Jugendliche in Containern und anderen Provisorien unterrichtet werden. Wir glau-

ben auch nicht, dass es bei den 150 Plätzen bleiben wird, die immer kommuniziert werden.

Es geht günstiger

Die SVP-Fraktion hat schon 2019 beim Planungskredit eine günstigere und pragmatischere Lösung verlangt. Dass es möglich ist, günstiger zu bauen, hat die Zuger Baudirektion kürzlich bewiesen: beispielsweise mit der Errichtung einer permanenten Unterkunft für geflüchtete Ukrainer in der Äusseren Lorzenallmend (für 390 Personen inkl. Schulzimmern). Zudem ist es fragwürdig, ob der geplante Einrichtungsstandard (z.B. mit individuellen Küchen) für eine Durchgangsstation so richtig ist. Ebenso ist es eher ungeschickt, wenn die Durchgangsstation für die Erstaufnahme einen höheren Standard aufweist als spätere permanente Wohnsituationen. Welche Signale senden wir damit aus?

Der Bund plant bekanntlich, an verschiedenen Standorten der Armee Asyl-Provisorien zu errichten. Die Investitionen des Bundes pro Unterbringungsplatz sind um ein Vielfaches tiefer als die vorgesehenen Kosten für die Durchgangsstation Steinhausen.

Touristen-Sprachniveau für Einbürgerungen nicht genug!

Wer sich einbürgern lassen will, muss erfolgreich integriert sein. Ein Schlüsselkriterium ist die Sprache: Wer nicht gut Deutsch kann, kann nicht erfolgreich integriert sein.



Michael Riboni, Kantonsrat, Baar

Die Sprache ist der Schlüssel zu Land und Leuten, zur Gesellschaft, Arbeitswelt, Politik und Kultur. Die Bürgerrechtsverordnung regelt die sprachlichen Mindestanforderungen. Sie verweist dafür auf den sechsstufigen europäischen Referenzrahmen für Sprachen: Wer sich einbürgern lassen will, muss mindestens B1 mündlich (Stufe 3) und A2 schriftlich (Stufe 2) aufweisen.

Diese Vorgabe ist zu tief. Wer schriftlich A2 aufweist, kann nur einfachste Kurztexthe lesen, z. B. eine Speisekarte oder einen Fahrplan, aber keine Zeitung. Wer mündlich B1 aufweist, kann zwar die meisten Situationen bewältigen, denen man als Tourist auf Reisen begegnet, aber kein normales Gespräch mit Einheimischen führen. Dennoch haben der Kanton Zug und viele andere Kantone das Bundesminimum (A2/B1) übernommen.

Dolmetscher für «Neu-Schweizer»

Es ist eine traurige Tatsache: Immer öfter benötigen Behörden Dolmetscher, um sich mit «Neu-Schweizern» zu verständigen. Übersetzer für Eingebürgerte an Schulen für Elternabende und Elterngespräche sind auch im Kanton Zug keine Einzelfälle. Selbst die SP hat erkannt, dass die Sprachkompetenzen

und schriftlich eine Anhebung des Sprachniveaus.

Es geht wohlgerne nicht um Aufenthaltsbewilligungen, sondern immerhin um das Schweizer Bürgerrecht. Wir wollen nicht möglichst viele, sondern nur gut integrierte neue Mitbürgerinnen und Mitbürger – mit denen wir uns problemlos auf Deutsch und ohne Dolmetscher unterhalten können.

SVP-Motion verlangt Anhebung des Sprachniveaus

Die SVP im Zuger Kantonsrat hat im vergangenen Frühling deshalb eine Motion zur Verschärfung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes eingereicht. Wer sich in Zug einbürgern will, soll künftig Deutsch mündlich B2 (statt nur B1) und schriftlich B1 (statt nur A2) nachweisen müssen. Diese Mindestanforderungen kennen heute schon die Kantone Schwyz, Nidwalden und Thurgau. In St. Gallen und Basel-Stadt wird mündlich und schriftlich B1 vorausgesetzt. Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb im Kanton Zug ein tieferes Sprachniveau für den Schweizer Pass genügen soll.



Die Einbürgerungskriterien im Kanton Zug sind zu tief. Die SVP will das ändern! (Bild: shutterstock / ZVG)

SVP wirkt: keine Gendersprache in Zuger Schulen und Behörden

Das Problem der Gendersprache ist auch im Kanton Zug angekommen. Die Verunsicherung wächst und ausgerechnet in den Schulen gibt es unterschiedliche Empfehlungen und Schreibweisen, was einerseits Lehrpersonen, andererseits aber auch die Schüler und Eltern zusehends verunsichert.

Ein SVP-Vorstoss verlangte von der Zuger Regierung, Farbe zu bekennen – und dies hat sie auch getan. In ihrer Antwort von Mitte Mai 2023 schreibt sie, dass sie sich an die Vorgaben des Bundes halten und die Gendersprache nicht verwenden werde.

Die SVP bittet den Regierungsrat, diese Empfehlungen auch durchzusetzen, damit die Verunsicherung und die sprachliche Versandlung, welche niemandem etwas nützt, ein Ende haben.

SVP WIRKT: KEINE GENDERSPRACHE IN ZUGER SCHULEN UND BEHÖRDEN

GÄNDERN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

SVP Kanton Zug
www.svp-zug.ch

«Das ganze Land hängt am Tropf von Zug»

Wie die «NZZ» im Juni 2023 berichtete, wird der Kanton Zug bald noch mehr in den Finanzausgleich einbezahlen als der Kanton Zürich. Gegen

Ende des Jahrzehnts (ca. 2029) wird Zug schätzungsweise 500 Millionen Franken an andere Kantone zahlen müssen. Schon heute ist Zug der grös-

te Pro-Kopf-Nettozahler – bald wird der Kanton Zug dies auch in absoluten Zahlen sein.

Zug wird pro Einwohner bald 15 Mal mehr in den NFA einzahlen als Zürich!

Einzahlung pro Einwohner in Franken, 2023 sowie Ende der 2020er Jahre mit den Folgen der grossen Reformen im Bereich Unternehmenssteuern

	2023	Ende der 2020er Jahre
Kanton Zug	2'864	3'860
Kanton Zürich	326	260

Quelle: NZZ, eidg. Finanzverwaltung



Tragen wir Sorge zu unserer Schweiz: Die 10 Schwerpunkte der SVP-Bundeshausfraktion



von Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar

Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi stellt die 10 Schwerpunkte der SVP-Bundeshausfraktion vor: Stopp dem Asyl-Chaos; Keine 10-Millionen-Schweiz!; Keine Neuauflage des EU-Rahmenabkommens; Stopp dem Gender-Terror und Woke-Wahnsinn; Erhöhung der Versorgungssicherheit; Stärkung der Familie und des Mittelstandes; Ja zu Neutralität und Selbstverteidigung; Steuerliche Entlastung bei den Krankenkassenprämien; Sanierung der Altersvorsorge und Stopp des ungebremsten Ausgabenwachstums.

Seit sechs Jahren darf ich die grösste Bundeshausfraktion, die der Schweizerischen Volkspartei (SVP), bestehend aus 55 von 200 Nationalräten und 8 von 46 Ständeräten, präsidieren. Seit dem Linksrutsch bei den letzten Wahlen 2019 sind viele Errungenschaften, die unsere Schweizer Heimat ausmachen, stark gefährdet. Es drohen immer mehr Vorschriften und Verbote in den Bereichen Sprache, Energieverbrauch, Mobilität und sogar Ernährung, höhere Steuern, Ge-

bühren und Abgaben, die Einwanderung von zu vielen und nicht nach objektiven Kriterien ausgewählten ausländischen Migranten, eine immer engere Anbindung an die bevormundende EU und die Schwächung der traditionellen Familie. Um diesen Linksrutsch von 2019 zu korrigieren, brauchen wir in Bern mehr SVP-Politiker, die sich für eine selbstbewusste, starke Schweiz und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen engagieren.

«Helfen auch Sie mit Ihrer Stimme mit, dass wir unsere traditionellen Schweizer Werte bewahren und unsere Heimat schützen können. Für eine sichere Zukunft in Freiheit. Herzlichen Dank – Ihre SVP!»



Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) im Gespräch mit Nationalrätin Diana Gutjahr (TG)

Dafür steht die SVP ein



Stopp dem Asyl-Chaos

Das Schweizer Asylsystem ist gescheitert. Für 2023 rechnet der Bund mit bis zu 40'000 Asylgesuchen, darunter viele junge Männer ohne Asylgrund. Ein neuer Rekordwert. Im vergangenen Jahr wurden über 52'000 illegal Anwesende an den Grenzen aufgegriffen. Mehrere Kantone haben bereits den Asylnotstand ausgerufen. Die SVP fordert systematische Kontrollen an den Landesgrenzen, die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer, kein Anrecht auf Asyl, wer über einen sicheren Drittstaat einreist und die Durchführung der Asylverfahren in Transitzone an der Landesgrenze oder in einem Drittstaat.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Obwohl Volk und Stände 2014 «jährliche Höchstzahlen und Kontingente» für die Zuwanderung beschlossen, verweigerten die anderen Parteien 2016 die Anwendung dieses Verfassungsartikels. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind 1,5 Mio. Personen netto in die Schweiz eingewandert. Jedes Jahr kommen weitere rund 80'000 Personen neu hinzu, was der Gröszenordnung der Stadt Luzern entspricht. Derweil kämpfen die Schweizer mit Wohnungsnot, Strommangel, Stau auf den Strassen, überfüllten Zügen und Bussen, einem stagnierenden Pro-Kopf-Einkommen, immer höheren Krankenkassenprämien, verschuldeten Sozialwerken und auch immer mehr Druck auf unsere schöne Landschaft und Natur. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig. Zur Bremsung der Zuwanderung hat die SVP die eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» lanciert. Unterschreiben Sie diese noch heute!



Keine Neuauflage des EU-Rahmenabkommens

Unter der Leitung von SVP-Bundesrat Guy Parmelin wurde das institutionelle Abkommen am 21. Mai 2021 beendet. Trotzdem plant der Bundesrat noch in diesem Jahr die Neuauflage des Rahmenabkommens: automatische Übernahme von EU-Recht, Unterstellung unter den EU-Gerichtshof, Sanktionen bei Nichtbefolgung der EU-Vorgaben, Bezahlung jährlicher «Marktzutrittsgebühren» in Milliardenhöhe. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. Es käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Die SVP wird sich mit aller Kraft gegen die Neuauflage des EU-Rahmenabkommens zur Wehr setzen!



Stopp dem Gender-Terror und Woke-Wahnsinn

Dass Mann und Frau gleiche Rechte haben, ist selbstverständlich und entspricht unserer Rechtsordnung. Von einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts kann keine Rede mehr sein. Die SVP bekämpft vehement die Cancel Culture, also das Löschen, Sperren und Wegradieren unliebsamer Äusserungen und damit die soziale Ausgrenzung von Andersdenkenden. Für die SVP hat das Recht auf freie Meinungsäusserung höchste Priorität.



Erhöhung der Versorgungssicherheit

Wegen der hohen Zuwanderung ist der Netto-Selbstversorgungsgrad mit einheimischen Nahrungsmitteln auf unter 50 Prozent gefallen. In Krisenzeiten ist unsere Ernährungssicherheit folglich akut gefährdet. Und aufgrund der verfehlten «Energierategie 2050» mit dem Ausstieg sowohl aus der Kernenergie als auch der fossilen Energie, drohen der Schweiz in den nächsten Jahren eine gefährliche Energiemangellage und noch höhere Preise. Die SVP fordert unverzüglich die Stärkung der Versorgungssicherheit mit genügend einheimischen Nahrungsmitteln und mit sicherer und bezahlbarer Energie.



Stärkung der Familie und des Mittelstandes

Seit dem Linksrutsch bei den letzten Wahlen 2019 wird versucht, die traditionelle Familie immer mehr zu schwächen. Dagegen wehrt sich die SVP. Die SVP unterstützt die Abschaffung der Heiratsstrafe, damit Ehepaare gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht mehr steuerlich benachteiligt werden. Auch die Abschaffung des ungerechtfertigten Eigenmietwerts unterstützt sie. Neue Bundesgelder in Milliardenhöhe für die externe Kinderbetreuung lehnt sie jedoch entschieden ab.



Ja zu Neutralität und Selbstverteidigung

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Schweizer Armee derart ausgehöhlt, dass sie ihre verfassungsmässige Aufgabe zur Wahrung der territorialen Integrität der Schweiz nicht mehr garantieren kann. Es mangelt an allem: an Mannschaft, Waffen und Ausrüstung. Die SVP verlangt, dass die Finanzmittel für die Armee von 5 auf 7 Mia. Franken und danach bis auf ein Prozent des BIP erhöht werden und der Sollbestand um mind. 20'000 Armeeangehörige aufgestockt wird. Mit der Neutralitätsinitiative fordert die SVP, an der immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität festzuhalten und sie lehnt eine weitere Annäherung an die NATO oder die EU-Sicherheitspolitik entschieden ab.



Steuerliche Entlastung bei den Krankenkassenprämien

Auch in diesem Herbst sollen die Krankenkassenprämien um fünf bis sechs Prozent ansteigen. Diese dramatische Entwicklung – vor allem für den Mittelstand – darf so nicht weitergehen! Die SVP fordert die Erhöhung der Steuerabzüge für die Krankenkassenprämien, die Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme, sowie eine Krankenversicherung mit stark eingeschränktem Leistungskatalog für Asylbewerber und Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht.



Sanierung der Altersvorsorge

Während die Gewerkschaften eine 13. AHV-Rente mit Kostenfolgen von jährlich mehr als 5 Mia. Franken und damit eine starke Mehrwertsteuer- resp. Lohnabzugserhöhung fordern, wollen die Jungfreisinnigen das AHV-Rentenalter auf 66 Jahre erhöhen. Die SVP lehnt beide extremen AHV-Initiativen ab. Stattdessen unterstützt sie die Aufhebung der Diskriminierung der Ehepaare bei den AHV-Renten mit der «Initiative für faire Renten» und sie unterstützt die Sanierung der zweiten Säule, mit der Teilzeitbeschäftigte besser abgesichert und der Sparprozess verstärkt werden.



Stopp des ungebremsten Ausgabenwachstums

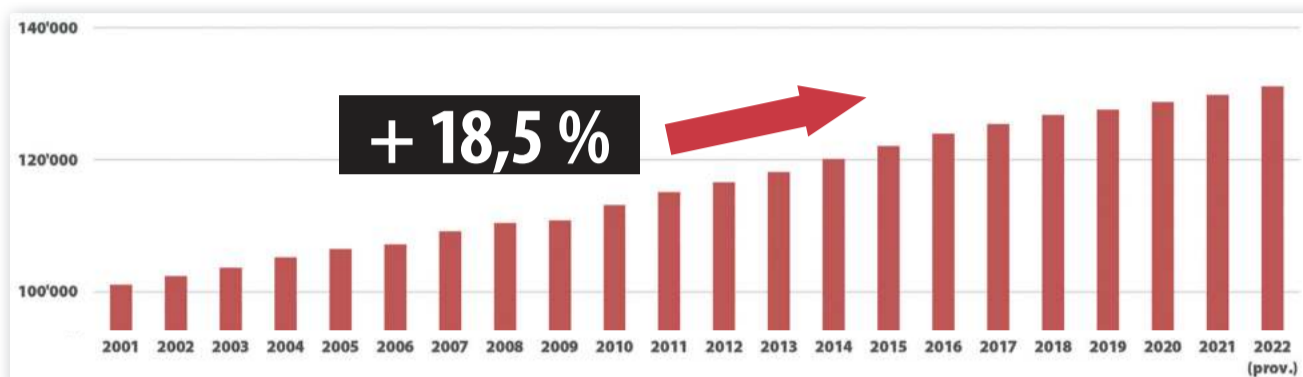
In den letzten 30 Jahren haben sich die Bundesausgaben von 32 Mia. (1990) auf 88 Mia. Franken (2020) fast verdreifacht. Und wegen der Corona-Pandemie ist die Staatsverschuldung um rund 30 Mia. Franken angestiegen. Die SVP fordert die dringliche Sanierung der Bundesfinanzen durch Einführung des Finanzreferendums, die Reduktion der Bundesausgaben auf jährlich max. 65 Mia. Franken, die Begrenzung der Entwicklungshilfe auf 2 Mia. Franken, die Senkung des Bundespersonals auf 35'000 Vollzeitstellen und die Abschaffung von teuren Privilegien für die Bundesangestellten (bis zu sieben Wochen Ferien und 37-prozentige Pensionskassen-Altersgutschriften).

Massives Bevölkerungswachstum im Kanton Zug: So kann es nicht weiter gehen!

Im Kanton Zug wächst die Bevölkerung aufgrund der massiv hohen Zuwanderung seit Jahren rasant. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 hat die Einwohnerzahl um 18,5 % zugenommen: von 109'000 auf über 131'000 Einwohner Ende 2022.

Die Folgen sind für uns alle spürbar: Die Infrastrukturen wie Strassen, Spitäler oder Schulhäuser sind am Anschlag – das Leben und Wohnen im Kanton Zug wird wegen des Zuwanderungsdrucks gerade für Normalverdiener und Familien immer teurer. Geht die ungebremste Zuwanderung so weiter, werden noch mehr Einheimische wegziehen. Die Identität und der Zusammenhalt innerhalb unseres Kantons sind in Gefahr.

Noch markanter ist die Zunahme des Ausländeranteils im Kanton Zug. Seit 2007 ist dieser von 21,99 auf 29,75 % im Jahr 2022 angestiegen. Und dies, obwohl im gleichen Zeitraum im Kanton Zug über 8'000 Personen eingebürgert worden sind. Ein genauer Blick auf die Zuger Gemeinden zeigt, dass die Bevölkerungsentwicklung teils jedes gesunde Mass sprengt hat.



Dieses zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum ist einfach nicht mehr gesund! Datenquelle: Statistik Kanton Zug / zg.ch

Die Bevölkerungsentwicklung der Zuger Gemeinden im Überblick

Zug Wohnbevölkerung (2021): 31'345 Bevölkerungswachstum seit 2010 +19,1 %	Baar Wohnbevölkerung (2021): 24'754 Bevölkerungswachstum seit 2010 +13,6 %	Hünenberg Wohnbevölkerung (2021): 8'879 Bevölkerungswachstum seit 2010 +3,5 %	Walchwil Wohnbevölkerung (2021): 3'893 Bevölkerungswachstum seit 2010 +9,1 %
Menzingen Wohnbevölkerung (2021): 4'597 Bevölkerungswachstum seit 2010 +4,5 %	Unterägeri Wohnbevölkerung (2021): 9'010 Bevölkerungswachstum seit 2010 +11,7 %	Steinhausen Wohnbevölkerung (2021): 10'237 Bevölkerungswachstum seit 2010 +12,6 %	Neuheim Wohnbevölkerung (2021): 2'338 Bevölkerungswachstum seit 2010 +20,6 %
Oberägeri Wohnbevölkerung (2021): 6'476 Bevölkerungswachstum seit 2010 +18,8 %	Cham Wohnbevölkerung (2021): 17'076 Bevölkerungswachstum seit 2010 +15,3 %	Risch Wohnbevölkerung (2021): 11'182 Bevölkerungswachstum seit 2010 +23,1 %	

Quelle: Der Kanton Zug in Zahlen, Ausgabe 2022

Kari Nussbaumer «höchster Zuger» für die Jahre 2023 und 2024

SVP-Kantonsrat Karl Nussbaumer wurde im Dezember 2022 mit einem Spitzenresultat zum neuen Kantonsratspräsidenten für die Jahre 2023 und 2024 gewählt. Er amtiert somit in dieser Periode als «höchster Zuger» und nimmt viele repräsentative Aufgaben wahr.



Kari Nussbaumer, wohnhaft in Menzingen, ist ein bewährter Politiker mit sehr grosser politischer Erfahrung, nicht zuletzt als langjähriger Vizefraktionschef. Er ist verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Kindern, Bürger von Menzingen und Oberägeri. Als verlässlicher Kantonsratsvizepräsident konnte er sich bereits zuvor einen guten Einblick in das neue Amt verschaffen. Er kennt die Geschäftsordnung des Kantonsrats und achtet

stets auf einen korrekten Ratsbetrieb, ganz unabhängig von den Fraktionszugehörigkeiten.

Als ehemaliger Feuerwehrkommandant der Gemeinde Menzingen ist er sich gewohnt, den «Überblick» zu behalten, kennt er doch den herrlichen Blick vom Gubel aus, von wo man fast unseren ganzen Kanton überblicken kann.

Kriminalität im Kanton Zug: SVP verlangt Antworten

Gibt es im Kanton Zug rechtsfreie Räume? Diese und andere Fragen stellte die SVP der Zuger Regierung in einem Vorstoss. Wir wollten wissen, wie es um die generelle Sicherheitslage steht und ob es im Kanton Zug Sicherheitslücken gibt. Nun liegen die Antworten vor.



Wachsendes Problem im Kanton Zug: Cyberkriminalität (Bild: shutterstock)

Die Regierung stellte in ihrer schriftlichen Antwort fest, dass kantonal «insgesamt eine gute Sicherheitslage herrsche». Die Zuger Polizei könne ihren gesetzlichen Verpflichtungen heute noch nachkommen, aber die Organisierte Kriminalität nehme auch hier bei uns spürbar zu. Auch andere Probleme lassen aufhorchen: So nehme auch der «Kleinhandel im öffentlichen Raum» zu. Gemeint ist, dass im Kanton Zug vermehrt mit harten Drogen gedealt wird. Zudem habe sich die Geldspielszene vermehrt ins halb-private, gesicherte Umfeld zurückgezogen. Ein weiteres Problem ist auch die Cyberkriminalität (Computer- und Internetkriminalität). Die Strafverfolgung hinkt den Cyberkriminellen leider hinterher – insbesondere, was Delikte rund um Kryptowährungen betrifft. Der Aus- und Weiterbildungsaufwand für die Polizei sei aufgrund der Komplexität und der sich rasch weiterentwickelnden Deliktformen sehr hoch. Effektiv würden der Polizei dafür

zu wenige Spezialisten zur Verfügung stehen. «Der für diese dynamischen Deliktformen äusserst wichtige Datenaustausch im In- und Ausland ist aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen schwierig.»

Polizei braucht Unterstützung

Weiter wird festgestellt, dass auch gewisse Bevölkerungsgruppen einer erhöhten Gefahr ausgesetzt seien. Beispielsweise bei den Themen «Sexting» (z.B. Belästigung mit Videosendungen mit sexuell eindeutigen Inhalten) oder Einzeltrickbetrug. Der Regierungsrat anerkennt deshalb «ein stärkeres Bedürfnis nach bürgernahe Polizeiarbeit.» Mit einem Projekt solle künftig die spezifische Polizeiarbeit in den Zuger Gemeinden verstärkt werden. Bezüglich meiner Frage nach polizeilicher Präsenz in der Öffentlichkeit wurde mir geantwortet, dass die Polizei über eine «gute, allgemein sichtbare Polizeipräsenz im Kanton verfüge». Diese gebe der Bevölkerung ein gutes Sicherheitsgefühl und wirke für potentielle Täterschaften präventiv. Dennoch sei der Fachkräftemangel auch bei der Zuger Polizei spürbar, insbesondere in den Bereichen Informatik und Forensik.

Zug ist ein sicherer Kanton. Die SVP kämpft dafür, dass dies so bleibt und die Polizei zugunsten einer

wirksamen Strafverfolgung mit genügend Mitteln ausgestattet wird.

Philip C. Brunner, Präsident
SVP-Kantonsratsfraktion, Zug

Kriminalität im Kanton Zug: Zahlen und Fakten

- 2022 sank im Kriminalbereich die Gesamtzahl der erfassten Straftaten (6'045) im Vergleich zum Vorjahr (6'114) leicht.
- 2022 wurden 10 % mehr Vermögensdelikte registriert als im Vorjahr.
- 2022 haben sich im Kanton Zug im Bereich des Strafgesetzbuchs 34,7 Straftaten pro tausend Einwohner ereignet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 52,5 Straftaten pro tausend Einwohner.
- Spürbar gestiegen sind 2022 die Einbruchszahlen nach der COVID-19-Pandemie. Im Vergleich zum Vorjahr (223) hat sich die Anzahl der Einbruchdiebstähle im öffentlichen und privaten Bereich um 45 auf 268 erhöht.

Quelle: Medienmitteilung des Kantons Zug vom 27.03.2023, «061 / Kanton Zug: Sicherheit im Kanton Zug – Polizeiliche Statistik 2022»

Gradlinig, verlässlich und konsequent für unseren Kanton Zug!



Thomas Werner in den Ständerat und auf jede Nationalratsliste!

Thomas Werner, Parteipräsident und Kantonsrat, ist der Ständeratskandidat der SVP des Kantons Zug. Mit seiner politischen Erfahrung, seiner gradlinigen, verlässlichen, aber stets offenen und ehrlichen Politik will er mit «mehr Mut für Zug» in Bern die Anliegen des Kantons Zug vertreten.

Für Land und Kanton

Mit der SVP Kanton Zug kämpft Thomas Werner für die Freiheit und die Sicherheit von Land und Kanton, sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger. Nur wer beides gewähren kann, kann die Rechte des Volkes und die Unabhängigkeit schützen, sowie den Wohlstand erhalten. Hierfür ist insbesondere eine kostengünstige Nahrungsmittel- und Energieversorgung zentral. Thomas Werner setzt sich für einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern und eine freiheitliche Wirtschafts- und Geschäftsordnung ein, welche allen Bürgerinnen und Bürgern die persönliche Entfaltung und ein möglichst freies Wirtschaften garantiert. Er steht zum Föderalismus und wehrt sich gegen immer neue Verbote, Steuern, Gebühren und Abgaben.

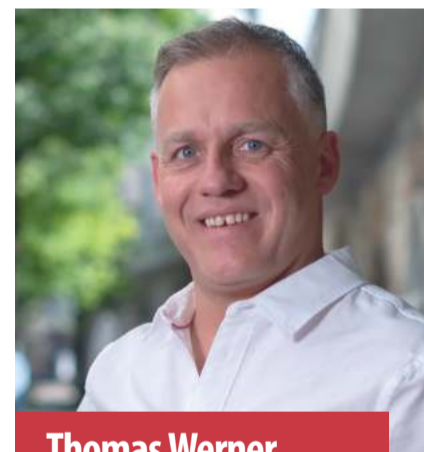
Den «Zuger Weg» verteidigen

Der Kanton Zug ist hochinnovativ und erfolgreich. Als finanzstärkster Kanton ist Zug einer der wichtigsten

**bürger
nah
und
verlässlich**

Thomas Werner
in den Ständerat

svp-zug.ch



Thomas Werner

verheiratet, 2 erwachsene Kinder
Leiter Spezialermittlungen Kinderschutz der Kripo Stadtpolizei Zürich
Kantonsrat

Präsident der SVP Kanton Zug
Präsident der Justizprüfungskommission des Kantons Zug

Ein wichtiger Schwerpunkt seiner politischen Arbeit ist der konsequente Einsatz gegen die masslose Zuwanderung.

Thomas Werner hat die Fähigkeit, Mehrheiten zu schaffen. Er bewirkte zum Beispiel, dass Zug als erster Kanton zum Schutz der Kinder die Pflicht einführte, dass Menschen, welche mit Kindern arbeiten, bei der Bewerbung einen Sonderregisterauszug vorlegen müssen. Ohne diese Massnahme wäre das nationale Berufsverbot für pädosexuelle Straftäter wirkungslos.

www.thomas-werner.ch

Thomas Werner
in den
Ständerat

Lebens- und Wirtschaftsstandorte der Schweiz. Deshalb steht er besonders unter Druck, gerade auch durch den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Thomas Werner verteidigt die Zuger Interessen und kämpft gegen Regelungen, die den Kanton Zug über Gebühr belasten. Denn dass es uns im Kanton Zug so gut geht, ist alles andere als selbstverständlich. Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst erwirtschaftet werden. Links-grüne Begehrlichkeiten, wie sie in letzter Zeit Auftrieb erhalten haben, können wir uns auf Dauer nicht leisten. Es braucht deshalb eine gestärkte SVP. Thomas Werner kämpft dafür, dass den Bürgerinnen und Bürgern am Ende des Monats mehr im Portemonnaie bleibt.

Masslose Zuwanderung stoppen

Eine grosse Herausforderung bleibt die immer dramatischere Ausmasse annehmende Zuwanderung in unser Land. Im Jahr 2022 sind netto 180'000 Menschen eingewandert. Das entspricht der Einwohnerzahl der Städte

«Der Kanton Zug braucht eine Stimme im Ständerat, die sich für ein massvolles Bevölkerungswachstum und gegen eine «10-Millionen-Schweiz» einsetzt.»

Thomas Werner, Ständeratskandidat

Bern (134'000) und Luzern (82'000) zusammen! Auch im Kanton Zug wächst die Bevölkerung seit Jahren rasant: seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Zahl der Einwohner von 109'000 auf über 131'000 Einwohner per Ende 2022 gestiegen. Kein Wunder, platzen unsere Infrastrukturen wie Strassen, Wohnungen, Spitäler oder Schulhäuser aus allen Nähten! Kein Wunder, wird das Leben und Wohnen wegen des Zuwanderungsdrucks und den stark begrenzten Wohnflächen immer teurer. Deshalb setzt sich Thomas Werner für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung ein.

Unsere Wirtschaft ist dringend auf Fachkräfte angewiesen. Von den 2022

in die Schweiz eingewanderten Personen waren nur 12 % aus «hochqualifizierten» Berufen – dafür umfasste der Familiennachzug laut Bundesamt für Statistik rund 19 % der Gesamteinwanderung. Es kommen also eindeutig zu viele und erst noch die falschen Einwanderer! Statt immer noch mehr Zuwanderung zu fördern, setzt sich Thomas Werner für eine Stärkung der Berufslehren und des dualen Bildungssystems ein – eine Investition in die Zukunft unseres Landes, die sich lohnen wird.

Rechtsstaat durchsetzen

Thomas Werner kämpft für eine sichere Schweiz, in der bei Gewaltdelikten eine effiziente Nulltoleranz-Praxis

durchgesetzt wird: mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Strafvollzug. Eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum «Schengen»-Raum führten leider dazu, dass auch unser Land von immer mehr Gewalt – vor allem durch nicht integrierte Ausländer – geprägt ist. In der Schweiz muss endlich wieder Sicherheit herrschen, wir dürfen kein Eldorado für Kriminelle sein.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.



Heinz Tännler und Stephan Schleiss: Verlässliche Werte im Zuger Regierungsrat

Bei den Gesamterneuerungswahlen vom 2. Oktober 2022 sind die SVP-Regierungsräte Heinz Tännler (Finanzdirektor) und Stephan Schleiss (Bildungsdirektor) vom Zuger Souverän für eine weitere Amtszeit bestätigt worden. Die beiden erfahrenen und weit über die Parteigrenzen hinaus geschätzten Exekutivpolitiker haben in den vergangenen Jahren entscheidende Akzente gesetzt und den Kanton Zug mitgeprägt.

Heinz Tännler: «Weiterhin motiviert für den Kanton Zug»

Fokus, Leistung und Klarheit. Drei Attribute, die mich am besten beschreiben. Mein Fokus liegt auf dem Kanton Zug. Ich will, dass es unserem Kanton auch in Zukunft gut geht. Dazu braucht es Leistung, und zwar Tag für Tag, denn Erfolg ist nicht geschenkt, sondern das Resultat harter Arbeit. Das habe ich schon früh als Sportler, Anwalt und Funktionär gelernt. Dabei spielt Klarheit eine wichtige Rolle. Wer sich klar ausdrückt, schafft Transparenz und realisiert gute Lösungen.

Der Einsatz für unseren Kanton, die Zugerinnen und Zuger und das Zuger Gewerbe macht mir Freude. Der Standortwettbewerb wird immer intensiver – die Globalisierung trägt ihren Teil dazu bei. Es ist wichtig, dass der Kanton Zug gut für die Zukunft gerüstet ist. Hier bin ich weiterhin bereit, motiviert und tatkräftig mitzuarbeiten.



Heinz Tännler

geboren am 10. Mai 1960

- verheiratet, drei Kinder
- Rechtsanwalt/Notar
- Wohnhaft in der Stadt Zug
- Hobbies: Tennis, Velofahren, Sport allgemein, Lesen
- 1995-2003 Mitglied des Zuger Kantonsrats
- seit 2007 Mitglied des Zuger Regierungsrats, Finanzdirektor

www.heinz-taennler.ch

Stephan Schleiss: «Konservative Bildungspolitik hilft allen»

Die gute Schule bildet Kopf, Herz und Hand. Rechnen, Lesen und Schreiben sind fundamental. Musische und handwerkliche Fächer gehören dazu. Das bewährte Nebeneinander von Schule und Berufslehre ist der Kern des Schweizer Erfolgsmodells. Dafür setze ich mich ein.

Mit Erfolg: Noten gehören im Kanton Zug dazu. In Mathematik und Deutsch gibt es klassenübergreifende Vergleichsmöglichkeiten. Für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler soll es wieder separate Gefässe geben. Die Zuger Lehrpersonen konnten direkt entlastet werden.

Eine konservative, behutsame Bildungspolitik hilft allen. Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrpersonen, Wirtschaft und Gesellschaft.



Stephan Schleiss

geboren am 26. Dezember 1972

- Studium der Wirtschaftswissenschaften (Banking & Finance), lic. oec. publ.
- Wohnhaft in Steinhausen
- Hobbies: Lesen, Velo, Kino, Geselligkeit, Jagd
- 2004-2010 Mitglied des Zuger Kantonsrats
- seit 2011 Mitglied des Zuger Regierungsrats, Bildungsdirektor

www.stephan-schleiss.ch

Für einen starken Kanton Zug: Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP setzen sich für Ihre Interessen ein!

Bei den National- und Ständeratswahlen vom 22. Oktober 2023 werden die Weichen für die kommenden vier Jahre gestellt. Die SVP steht dafür, dass die Zuger Interessen in Bundesbern verteidigt werden – ohne Wenn und Aber!



«Mehr Zug in Bern» mit Gregor Bruhin als Nationalrat

Ich kandidiere für den Nationalrat mit meinem Versprechen: Mehr Zug in Bern. Ich will nicht nur unseren Kanton vertreten, sondern auch das Zuger Erfolgsmodell. Davon braucht es in der nationalen Politik dringend wieder mehr.



Gregor Bruhin

Im Jahr 1993 bin ich im damaligen Kantonsspital Zug geboren und habe die ersten Jahre mit meinen Eltern in der Stadt verbracht. Anschliessend sind wir nach Hünenberg gezogen, wo ich die obligatorische Schulzeit vom Kindergarten bis und mit Sekundarschule abgeschlossen habe. Seit ich ein kleiner Junge war, haben mich Pferde fasziniert. Mit Stalldienst habe ich mir die ersten Reitstunden verdient. Nach vielen Jahren intensiver Reitsporttätigkeit, unter anderem als mehrjähriges Mitglied der Vierkampfnationalmannschaft, bin ich heute weniger auf dem Pferd anzutreffen. Dafür einmal im Jahr als OK-Präsident der Zuger Springkonkurrenz auf dem Stierenmarktareal.

Meine Grundausbildung habe ich als Kaufmann bei der Stadtverwaltung Zug absolviert. Über die Jahre habe ich zusätzlich die Ausbildungen als HR-Fachmann mit eidg. Fachausweis sowie das Studium als dipl. Betriebswirtschaftler HF durchlaufen.

Im Jahr 2013 bin ich wieder in die Stadt Zug gezogen, wo ich meine eigentliche politische Laufbahn gestartet habe. Dies 2014 mit der Wahl in den Grossen Gemeinderat von Zug (GGR), in welchem ich bis 2023 amtierte. Davon war ich während zwei Legislaturen Mitglied der städtischen Geschäftsprüfungskommission. Vergangenen Herbst wurde ich in den Zuger Kantonsrat gewählt und habe dieses Amt Ende 2022 angetreten, mit gleichzeitiger Wahl in die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

Militärisch habe ich die Infanterierikrutenschule absolviert und die Offiziersschule durchlaufen. Nach mehreren Jahren im Zuger Gebirgsinfanteriebataillon 48 bin ich heute als Hauptmann im Stab der Territorialdivision 3 eingesetzt. Zusätzlich amtiere ich als Präsident der Offiziersgesellschaft des Kantons Zug.

Beruflich bin ich seit meinem Lehrausschluss im Personalwesen tätig. In den vergangenen 11 Jahren habe ich mich vom Personalsachbearbeiter bis zum Personalleiter hochgearbeitet. Heute bin ich als Personalleiter und Mitglied der schweizerischen Geschäftsleitung eines börsenkotierten Unternehmens mit 800 Mitarbeiter tätig.

Ich bin ein Politiker, der mit beiden Beinen im Leben steht. Als 30-jähriger konnte ich schon fast 10 Jahre Parlamentserfahrung in Gemeinde und Kanton sammeln. Daneben habe ich stets gearbeitet, mich berufsbegleitend weitergebildet und die Offiziersausbildung absolviert. Als Macher stelle ich leider fest, dass sich die nationale Politik immer weiter von den Alltagsorgen der Bürger entfernt. Sie orientiert sich nicht mehr am Allgemeinwohl, sondern schreibt dem Einzelnen immer stärker vor, wie er zu leben hat. Sollen Politiker entscheiden, was wir essen, wie wir schreiben oder von A nach B kommen? Leider ist das kein Witz – zu all diesen Beispielen gibt es bereits Gesetze oder Vorstösse. Kurzum: Die nationale Politik sucht und schafft neue Probleme, die sich weit weg von unserem Alltag befinden.

Als Gegenstück zur nationalen Politik präsentiert sich das Zuger Erfolgsmodell. Der Zuger Wohlstand wurde hart erarbeitet und wird mit einer pragmatischen Politik bewahrt. Einer Politik, welche wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse unter einen Hut bringt. Doch wie bringen wir wieder mehr Zug nach Bern? Mit vier Punkten setzen wir das um.

Mehr persönliche Freiheit
Politik soll der Allgemeinheit und damit der grossen Mehrheit der Bevölkerung dienen. Es ist hingegen nicht ihre Aufgabe, unseren Alltag bis ins kleinste Detail zu regeln. Ich bekämpfe staatliche Vorschriften darüber, was wir konsumieren dürfen, wie wir zu schreiben haben oder von A nach B kommen. Was nach einem schlechten Witz klingt, ist leider Realität. Die Freiheit steht immer mehr unter Druck. Noch befinden wir uns in einer Situation von hohem Wohlstand und nehmen diese Fehlentwicklungen in



Der ehemalige Pferdesportler Gregor Bruhin heute als OK-Präsident der Zuger Springkonkurrenz (Bild: Annette Iten, Zug)

unserem persönlichen Leben zu wenig wahr. Weniger Freiheit heisst dabei immer mehr Vorschriften und diese Vorschriften in schlechten Zeiten wieder abzubauen, ist schwerer und dauert länger als diese einzuführen.

Mehr Pragmatismus, weniger wolkige Worte

Soll fremdes Recht mehr zählen als unsere Unabhängigkeit? Wollen wir ungebremste, unkontrollierte Zuwanderung, währenddem immer mehr Schweizer Mühe haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden? Ich setze mich für eine Politik ein, die sich wieder um die Nöte und Sorgen der Bürger kümmert. Das bedeutet auch, dass wir keine Diskussionen um den Genderstern führen sollten. Viel wichtiger ist sicherzustellen, dass die Zuwanderung gezielter erfolgt. Heute kommen zu Viele und vor allem die Falschen. Ich setze mich für eine zielgerichtete Zuwanderung ein. Denn immer mehr Men-

schen brauchen auch immer mehr Infrastruktur und heizen den Fachkräftemangel zusätzlich an – eine Abwärts spirale, die es zu durchbrechen gilt.

Sicherer Strom statt Klimahysterie

Eine Energiewende ohne Kosten? Wer's glaubt. Ausgerechnet die Klima-Jammerer versprechen uns das Blaue vom Himmel, wenn sie sich nicht gerade auf die Autobahn kleben oder nach Bali in die Ferien fliegen. Wir brauchen Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland und eine Abkehr von ideologischer Energiepolitik.

Steuergelder für die Bürger statt für Bern

Als wirtschaftsliberaler Politiker bin ich zuallererst für tiefe Steuern. Den tiefen Steuern dicht auf den Fersen folgt meine Ansicht, dass die öffentlichen Gelder unserem Wohlstand zugutekommen

müssen. Der Bund soll sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren und den Kantonen und Gemeinden so viel Autonomie wie möglich lassen. Leider verläuft die Entwicklung in diesem Bereich in die falsche Richtung. Immer mehr Kompetenzen werden den Kantonen weggenommen und in Bern zentralisiert. Die Folge ist ein exorbitantes Wachstum der Staatsaufgaben auf Bundesebene, was zwangsläufig einen steten Anstieg der Staatsquote zur Folge hat. Ein Beamter auf Bundesebene verdient heute rund 130'000 Franken im Jahr. Das ist fast doppelt so viel wie der schweizerische Durchschnittslohn. Dabei wird vergessen, dass staatliche Stellen von der Wertschöpfung der Wirtschaft und des Gewerbes leben und in keinsten Weise selbst Wertschöpfung generieren. Direkt gesagt: Beamte haben einen doppelt so hohen Jahreslohn wie ein Buezer, der den hohen Staatslohn im Endeffekt bezahlt. Hier müs-

sen wir wieder vernünftig werden. Wir müssen Probleme dort lösen, wo sie entstehen. Auf Gemeinde- und Kantonsebene werden Probleme besser gelöst als auf Bundesebene.

Darum bin ich die richtige Wahl

Jung und ohne Seilschaften in Bern, kann ich mich frei und zu Gunsten der Zugerinnen und Zuger einsetzen. Als Macher liegen mir Menschen am Herzen. Das zieht sich als roter Faden durch meinen Beruf als HR-Verantwortlicher, als Hauptmann in der Schweizer Armee und als Zuger, der ehrenamtlich als OK-Mitglied oder Vereinspräsident für unseren Kanton Verantwortung übernimmt. Ich bin offen, spontan, positiv denkend und gehe direkt auf meine Mitmenschen ein und zu. Dabei habe ich keine Angst, Lösungen für komplexe Themen zu erarbeiten.

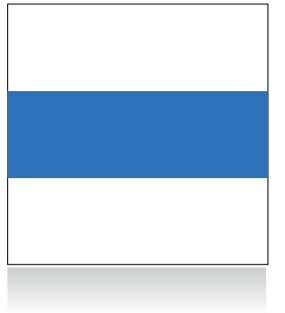


Kronprinz Gregor I. Zunft der Letzibuzäli verteilt Orangen an der Fasnacht 2023 (Bild: Mathias Blattmann, Zuger Zeitung)



Hauptmann Gregor Bruhin als frisch gewählter Präsident der Offiziersgesellschaft des Kantons Zug (Bild: Stefan Kaiser, Zuger Zeitung)

Für den Kanton Zug in den Nationalrat



Liste «Für einen dynamischen Ennetsee!»



Alexander Haslimann

***1974, zwei Kinder, Executive MBA HSLU, Eidg. Dipl. Wirtschaftsinformatiker, Rotkreuz**

Kantonsrat, Präsident SVP Risch-Rotkreuz, Mitglied diverser Kommissionen auf kantonaler und kommunaler Ebene, u.a. Mitglied Pro Schweiz, Swiss ICT, Klausengesellschaft Rotkreuz

Hobbies: Eishockey, Unihockey, Klausen, Reenactment

Politische Schwerpunkte:

Schweizer Traditionen und Tugenden liegen mir am Herzen. Neutralität und Freiheit sind wichtige Eckpfeiler, die es zu bewahren gilt. Eine vernünftige Finanzpolitik, gepaart mit Ausbildungsmöglichkeiten und Perspektiven für unsere Kinder, ist wichtig und trägt dazu bei, unseren Wohlstand zu erhalten.



Gerhard Widmer

***1961, verheiratet, drei Kinder, Landwirt, Cham**

Mitglied Planungskommission der Gemeinde Cham, Vorstand SVP Cham, u.a. Mitglied Buuregnossi Cham, Verband für Landtechnik Zug, Landi Hünenberg, Baugenossenschaft Walchwil, SUISAG, Motorradclub Cham Hagendorn

Hobbies: Töfffahren, Wandern

Politische Schwerpunkte:

Ich stehe ein für eine produzierende Landwirtschaft und den Erhalt unserer Traditionen und Brauchtümer. Die Schweiz soll sicher, neutral und unabhängig bleiben.



Francesco Zoppi

***1956, zwei Töchter, Gemeinderat Risch, Abteilung Finanzen/Controlling, ehem. Gewerbelehrer, Rotkreuz**

Gemeinderat Risch, Abteilung Finanzen/Controlling

Hobbies: Wandern, Schwimmen

Politische Schwerpunkte:

Ich setze mich ein für die Stärkung der direkten Demokratie und mehr Eigenverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger. Zudem engagiere ich mich für gute Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Altern.

Keine Windkraftanlagen an der Kantonsgrenze und im Steinhauser Wald

Mit einem Postulat fordert SVP-Kantonsrat Gregor Bruhin den Zuger Regierungsrat auf, «alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, damit entlang der Zuger Kantonsgrenze und im Steinhauser Wald keine Windkraftanlagen durch den Kanton Zürich gebaut werden.»

Der Kanton Zürich bereitet im Moment den Eintrag von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im kantonalen Richtplan vor. Auf der Liste möglicher Eignungsgebiete finden sich auch die Gebiete, die zu den Gemeinden Kappel am Albis, Mettmensetten, Maschwanden, Knonau und Obfelden gehören. Alle diese Gebiete liegen mehr oder minder direkt an der Zuger Kantonsgrenze. Ein stark betroffenes Gebiet ist der Steinhauser Wald, der sich grossmehrheitlich auf dem Zuger Kantonsgebiet, jedoch auch auf dem Kantonsgebiet Zürich befindet.

Ungeeignete Windkraftanlagen

Windkraftanlagen sind in weiten Teilen der Schweiz unbrauchbar, denn sie produzieren Flatterstrom. Das bedeutet, dass die Stromproduktion nicht konstant ist. Dazu kommt, dass die aktuell in der Schweiz installierten Windkraftanlagen einen Auslastungsgrad von gerade mal 19 % haben. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Auslastung nicht gleich Produktion bedeutet und der Auslastungsgrad bei den neu geplanten Windkraftanlagen tendenziell tiefer liegen wird. Es bräuchte massiv mehr Wind, um die Anlagen effizient betreiben zu können. Dies ist der beste Beweis, dass

diese Technologie für die Schweiz sowie in und nahe bei Zug ungeeignet ist. Auf der anderen Seite steht ein immenser Ressourcenverbrauch, welche Windkraftanlagen verschlingen.

Dazu einige Eckdaten zum Ressourcenverschleiss pro Windkraftanlage:

- Anlagenhöhe von bis zu 230 Metern;
- 902 Tonnen Beton;
- 357 Tonnen Stahl;
- 5'000 m² Waldrodungen für die Lebensdauer der Windkraftanlage gemäss Fachagentur Windenergie an Land;
- Schwerlastfähige Zufahrtsstrasse mit einer Breite von 4-4.5 Metern für 40-Tönnner-Lastwagen für die Lebensdauer der Windkraftanlage;
- Hochspannungsleitungen müssen durch den Wald verlegt werden;
- Gleichzeitig wird die Landschaft verschandelt und die Anwohner werden mit immensem Lärm belästigt.

Diese Nachteile machen an der Kantonsgrenze genauso wenig halt, wie die Entwertung von Liegenschaften und Bauland sowie die Gefahr von Eiswurf über eine Distanz bis zu 500 Metern.

Auch ohne diese gravierenden Nebenerscheinungen sind Windkraftanlagen weder wirtschaftlich noch energetisch sinnvoll, da ihre Leistungsdichte sehr gering ist. Die Eingriffe in die Natur und unseren Lebensraum durch Windkraftanlagen stehen nicht ansatzweise in einem gesunden Nutzen-Ertragsverhältnis.

Naherholungsgebiet erhalten

Infolgedessen haben solche Anlagen weder im Kanton Zug noch entlang der Zuger Kantonsgrenze etwas verloren. Schon gar nicht in einem Naherholungsgebiet. Der Steinhauser Wald ist die Heimat verschiedenster Tiere und wird von Zugern und Zürchern zur Erholung genutzt. Diese Idylle darf nicht durch energieineffiziente Windkraftanlagen zerstört werden. Es ist abzulehnen, dass der Kanton Zürich ideologisch bedingt diese Anlagen auf seinem Kantonsgebiet aufstellt und die schädlichen Emissionen hauptsächlich den Zugerinnen und Zuger abschiebt. Der Regierungsrat des Kantons Zug wird daher aufgefordert, alle möglichen Mittel zu ergreifen, dass diese Windkraftanlagen entlang der Zuger Kantonsgrenze verhindert werden.

Gregor Bruhin, Kantonsrat, Zug



Liste «Für eine starke Stadt Zug!»



Roman Küng

*1972, Unternehmer / Garagist, Zug

Fraktionspräsident SVP im Grossen Gemeinderat Zug, Präsident Stiftung Kinderdemenz Schweiz, Vorstandsmitglied SVP Stadt Zug, Vorstandsmitglied Gewerbeverein Stadt Zug

Hobbies: Reisen, Jassen, historischer Motorsport

Politische Schwerpunkte:

Ich setze mich für eine starke Schweiz, einen starken Kanton Zug, sowie eine starke Stadt Zug ein. Unsere Wirtschaft und unser Gewerbe brauchen gute Rahmenbedingungen und keine lebensfremde, bevormundende, bürokratische Politik. Die Wirtschaft soll wachsen, nicht der Staat!



Adrian Risi

*1962, verheiratet, ein Kind, Unternehmer, Zug

Kantonsrat, Mitglied Parteileitung SVP Kanton Zug, u.a. Mitglied EVZ, Zuger Wirtschaftskammer, Lions Club, Schneiderzunft, diverse Gewerbeverbände

Hobbies: Sport, Lesen

Politische Schwerpunkte:

Ich engagiere mich für einen wirtschaftlich starken Kanton Zug mit einer intakten und bedarfsgerechten Infrastruktur, sowie einer vorausschauenden Raumplanung. Der Erhalt der Versorgungssicherheit ist zentral für Wirtschaft und Gesellschaft – Energie muss bezahlbar bleiben.



Philip C. Brunner

*1955, verheiratet, zwei Kinder, dipl. Hotelier EHL, Konsulent, Zug

Kantonsrat, Fraktionspräsident SVP Kanton Zug, Mitglied Staatswirtschafts- und Justizprüfungskommission; Mitglied Grosser Gemeinderat Zug, Präsident GPK Stadt Zug; Militär: Hauptmann aD

Hobbies: Vorstand Kiwanis Club Zug, Vorstand Aves-Zug, Vorstand Bund der Steuerzahler Schweiz, Parteivorstand SVP Schweiz

Politische Schwerpunkte:

Ich stehe ein für eine bürgernahe Politik mit gesunden Finanzen. Seit vielen Jahren engagiere ich mich in Stadt und Kanton als Vollblutpolitiker mit Verstand und viel Herzblut – klar, kernig, kompetent.

Babylonische Zustände an den Stadtschulen

Die Stadt Zug hat einen hohen Ausländeranteil und grundsätzlich funktioniert das bei uns besser als in anderen Schweizer Gemeinden. Störend ist hingegen, dass die entsprechende Integration, welche massgeblich über die Sprache stattfindet, nicht konsequent eingefordert wird.

Hinweise aus der Stadtbevölkerung zeigen nämlich, dass zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Eltern und Lehrerinnen regelmässig Dolmetscher anwesend sein sollen. Das nicht nur in der Schule, sondern auch im Kindergarten. Es stellt sich die berechnete Frage: Ist es üblich, Elterngespräche zusätzlich mit Übersetzern, Dolmetschern oder sogenannten «Kulturvermittlern» zu führen? Und ist es angemessen, dass dies der Steuerzahler bezahlt? Fragen, welche für die SVP von grosser Wichtigkeit sind und aufzeigen sollen, wie viel Integration wir wirklich abverlangen. Aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat zwei Interpellationen eingereicht, um die genannten Fragen zu klären. Wir wollen besser verstehen, nach wie vielen Jah-

ren Aufenthalt in der Schweiz der Stadtrat Integrationserwartungen an Ausländer stellt.

Die Erwartungen der SVP sind klar: Wer in die Schweiz und nach Zug kommt, muss sich aus eigenem Willen integrieren. Dazu gehört, schnellstmöglich die Sprache, hierzulande Deutsch, zu lernen. Übersetzer sind nur sehr zurückhaltend einzusetzen und den Eltern entsprechend zu verrechnen oder durch diese selbst zu organisieren. Es ist nicht Sache des Gastlandes, alles bezahlt zur Verfügung zu stellen und zu organisieren. Als hochattraktives und gastfreundliches Land dürfen wir diese Erwartungen an unsere Gäste stellen, wenn sie länger hier verbleiben möchten.

Das teuerste Strandbad Europas – das niemand braucht

Zug schwimmt im Geld und in den warmen Sommermonaten schwimmt es sich auch schön in den Stadtzuger Badis. Von Oberwil bis in den Choller gibt es sieben Badeplätze, davon sind zwei beaufschlagte Badis. Genügend Angebot und Platz.

Weniger gut schwimmt es sich hingegen in den Stadtzuger Schwimmbädern. Nicht, weil das Loreto oder Herti nicht gut wären, sondern weil es einfach zu wenig Angebote gibt. Schulkinder haben immer weniger Schwimmschule und die Vereine schlagen sich schon lange, um «Wasser» für ihre Trainings zu erhalten. Die Priorität wäre also einfach zu setzen. Es muss ein Schwimmbad gebaut werden – übrigens auch ein Volksauftrag aus einer kürzlich angenommenen Initiative. Nur der Stadtrat will lieber das teuerste Strandbad Europas bauen. Dazu hat er die Eigentümer auf der Oeschwiese enteignet, um die Verlängerung des Strandbades zu realisieren. An diesem ehemaligen Deponie-Standort liegt massenhaft Ziegelei-Abfall unter dem Boden (und wahrscheinlich noch vieles mehr). Das muss natürlich zuerst abgetragen werden, weil Ziegel Wasser bin-



Soll am Zugersee bald ein Luxus-Strandbad für 20 Millionen Franken entstehen? Bild: shutterstock

den und es an die Oberfläche zurückgeben. Das heisst, man liegt immer im Feuchten.

Selbstverständlich gehört zu einem Strandbad auch ein Sandstrand. Damit dieser auch an Ort und Stelle bleibt, muss die Strömung im See umgeleitet werden. Ansonsten wird der Sand-

strand laufend weggeschwemmt. Kostenpunkt von der Enteignung bis zur kompletten Realisierung: brutto rund 20 Millionen – für eine stinknormale Liegewiese mit Sandstrand. Die übrigens niemand braucht. Ein Schwimmbad braucht es dringender. Auch das wird teuer – aber trifft immerhin ein Bedürfnis.

«SVP Stadt Zug – Mir lieferet»

Die SVP ist die zweitstärkste politische Kraft in der Stadt Zug. Unsere Partei ist geprägt von regem Austausch und grossem Gestaltungswillen. Wir setzen uns mit Herzblut für Stadt und Kanton Zug ein.

Unser Regierungsrat Heinz Tännler ist Finanzdirektor des Kantons Zug. André Wicki amtiert seit 2023 als Stadtpräsident. Die Partei verfügt aktuell über sieben Sitze im Grossen Gemeinderat (dem Zuger Stadtparlament) und drei Sitze im Kantonsrat. Aktive Mitglieder der SVP Stadt Zug vertreten die Partei in sechs städtischen und drei kantonalen Kommissionen. Wenn Du dich für die SVP Stadt Zug engagierst, stehst Du für Zug, für die Schweiz, unsere Traditionen, unsere Innovationskraft, unsere Wirtschaft und unser Gewerbe ein. Du bist lokal verwurzelt und trotzdem weltoffen. Du bist offen für Neues und schätzt Bewährtes. Während andere reden, machst Du!

www.svp-stadt-zug.ch



Gregor Bruhin (Kantonsrat, Präsident SVP Stadt Zug) und André Wicki, Stadtpräsident von Zug, bei der Glacé-Aktion der SVP Stadt Zug vom Juni 2023 (Bild: ZVG)



Foto: Mapodille/peopleimages.com

Liste «Für ein lebenswertes Baar!»



Fränzi Keiser

*1964, verheiratet, ein Kind
dipl. Krippenleiterin, Sozialpädagogin, Baar
Mitglied Familienkommission Baar, erweiterter Vorstand SVP Baar
Hobbies: Berge, Natur, mit dem Velo und zu Fuss durch die Schweiz, Reisen/fremde Kulturen, Familie und Freunde, Kreativität, Politik



Isabel Fusco

*1990, verheiratet, ein Kind
Assistentin Verbands- und Projektmanagement, Baar
Mitglied Schulkommission Baar, Vorstandsmitglied Terre des hommes, Freiwilligengruppe Zug, Vorstandsmitglied Don Camillos, ang. Mitglied Fröschenzunft Ebel, freiwillige Helferin Abfalltaucher Schweiz, Mitglied Astronomische Gesellschaft Zug



Ilija Grcev

*1992, Chefmonteur Sanitär, Projektleiter, Baar
Mitglied Integrationskommission Baar, u.a. Mitglied Hopfemandli Zunft, Vizepräsident Don Camillos
Hobbies: Fahrradfahren, Gartenarbeiten im Schrebergarten, Wandern

Wir Baarer wollen unsere Identität nicht verlieren

Durch das vorhergesagte und erwartete Wachstum auf über 30'000 Einwohner ist die Lebensqualität unserer Gemeinde bedroht. Unsere Identität geht dabei verloren.



Wunderbare Naherholungsgebiete, moderne öffentliche Infrastrukturen, optimale Anknüpfungen an das regionale und nationale Netz der SBB, viele Arbeitsplätze und eine attraktive Steuerbelastung. Kurzum: Die Lebensqualität in Baar ist hoch – sowohl Private als auch Unternehmen profitieren von hervorragenden Rahmenbedingungen. So wichtig es ist, die Steuerbelastung für alle Bürgerinnen tief zu halten, so zentral ist es auch, dass wir unseren Lebensgrundlagen Sorge tragen.

Mit der prognostizierten Bevölkerungszunahme auf über 30'000 Einwohner bis zum Jahre 2040 steht Baar vor einer enormen Umwälzung. Damit die Identität unserer Gemeinde nicht verloren geht, braucht es endlich Lösungen, die das Bevölkerungswachstum auf ein erträgliches Mass reduzieren. Ansonsten droht Baar, dem Kanton Zug und der Schweiz irgendwann der Kollaps.

Bedrohte Identität

Wir Baarer wollen unsere Eigenheiten und Besonderheiten – ja, unsere Identität – nicht verlieren. Einen gesunden Mix zwischen Tradition und Innovation zu pflegen, heisst, dass wir bei aller

Unterstützung der Wirtschaft nicht vergessen dürfen, woher wir kommen. Zu Chilbi, Räbefasnacht, Räbeliechtli-Umzug, Dorrfest und wie unsere Baarer Traditionen alle heissen, gilt es Sorge zu tragen.

Zwischen Fortschrittlichkeit und dem Erhalt des Bewährten gilt es, die Balance zu halten. Wenn auf dem Spinnerei-Areal in den nächsten fünf Jahren 370 Wohnungen für 700 Personen entstehen sollen und der kantonale Richtplan für unsere Gemeinde bis 2040 ein Bevölkerungswachstum von insgesamt 5'500 Personen voraussagt, geht diese Balance aber verloren. Innert 17 Jahren nochmals die Einwohnerzahl einer ganzen Gemeinde Menzingen nach Baar «hineinzupflanzen», ist unverantwortlich. Dies droht, das Wesen unserer Gemeinde unumkehrbar zu verändern.

Massloses Wachstum

Eine Bevölkerungszunahme von über 20% führt zu einer weiteren Verknappung und Verteuerung des Wohnraums. Sie belastet die Infrastruktur, verstopft die Strassen und bringt unsere Schulen und sozialen Einrichtungen an den Anschlag. Schon heute ist der «Dichtestress» auch in unserer Ge-

meinde in aller Munde. Wenn wir den «Wachstums-Kompass» nicht neu ausrichten, wird sich dieses Problem weiter verschärfen.

Die SVP stellt sich entschieden gegen dieses masslose Wachstum, das sich auch nicht durch wirtschaftliche Bedürfnisse rechtfertigen lässt. Wir wollen, dass Baar Baar bleibt – und nicht zu einem anonymen Vorort der Stadt Zürich verkommt, in welchem sich keiner mehr kennt. Damit wir alle gemeinsam vorwärtskommen, muss unsere Gemeinde ein qualitatives und nicht ein auf die schiere Menge ausgerichtetes Wachstum anstreben.

Auch die kommenden Generationen haben ein Anrecht auf eine intakte Natur und Rückzugsgebiete. Wir brauchen Freiräume, in denen sich unsere Jungen entfalten und unsere vielen Vereine das Gemeindeleben mit ihren Aktivitäten bereichern können. Unsere Vereine brauchen einen unbürokratischen Zugang zu erschwinglichen Räumlichkeiten. Das Gewerbe und die Gastronomie sind auf bezahlbare Gewerbeflächen und genügend Parkplätze angewiesen.

SVP Baar

Für echten Klimaschutz

Wie wir einer «10 vor 10»-Sendung im Schweizer Fernsehen vernehmen konnten, vermeldete der Flughafen Zürich Mitte Juli 2023 einen Rekord: erstmals seit 2019 sind wieder über 100'000 Menschen an einem Tag verweist.



Ehrlich gesagt erstaunt mich dies ein bisschen, hat sich die Mehrheit der Stimmbevölkerung am 18. Juni 2023 doch klar zu «mehr Klimaschutz» bekannt und ein deutliches Ja in die Urne gelegt. Was läuft denn da schief? Ich als Zuhausegebliebene erlebe unsere Schweiz nie so schön wie in den Sommermonaten, wenn alle anderen im Urlaub sind. Stress und Hektik sind kaum mehr zu spüren. Wenn ich zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs bin, erwidern die Menschen auf den Strassen nicht den Blickkontakt, sondern auch den Gruss oder sie grüssen gar von sich aus. Etwas, das ich in der restlichen Zeit des Jahres kaum mehr beobachten kann.

vorhanden sind. Umso mehr erstaunt es, dass alles unternommen wird, noch mehr Leute auf Kosten unserer Lebensqualität in die Schweiz zu holen. Wir alle kennen die Folgen: Überfüllte Strassen und Züge, schwindende Grünflächen durch die Zubetonierung, mehr CO₂-Ausstoss, ein grösserer Ressourcenverbrauch, usw. Fühlen Sie sich da noch wohl? Für mich jedenfalls steht fest: echter Klimaschutz und echter Schutz unserer Schweiz geht nur, indem wir das Bevölkerungswachstum massiv bremsen. Wer ähnlich denkt wie ich, unterschreibt die neu lancierte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP.

Fränzi Keiser, SVP Baar

Offenbar fühle nicht nur ich mich wohler, wenn mehr Platz und Ruhe

SVP Baar gut unterwegs

Die SVP Baar darf auf ein äusserst erfolgreiches Wahljahr 2022 zurückblicken. Mit einem Wähleranteil von 24,51% konnte sie sich als wählerstärkste Partei behaupten und mit Hans Küng schaffte sie erfolgreich die Rückkehr in den Gemeinderat.

Seit der Generalversammlung 2023 setzt sich der Vorstand der SVP Baar wie folgt zusammen: Adrian Rogger (Präsident), Michael Riboni (Vizeprä-

sident und Leiter Medien & Kampagnen), Malaika Hug (Aktuarin), Daniel Eichenberger (Kassier) und Hans Küng (Beisitzer).



Liste «Für unser schönes Ägerital!»



Esther Monney-Rogenmoser

*1976, verheiratet, zwei Kinder, Arbeitsagodin i.A., Köchin (EFZ), Unterägeri
Kantonsrätin, Präsidentin SVP Unterägeri
Hobbies: Skifahren, Wandern



Raphael Wiser

*1976, Unternehmer, Oberägeri
Kantonsrat, Mitglied Kommission Hochbau, Mitglied Ornithologischer Verein Oberägeri
Hobbies: Unser kleiner Zoo mit Hühnern, Hasen, Katzen sowie einem naturnahen Garten inkl. Biotop, Skifahren, Wandern



Nadja Linda Morach

*1970, ein Kind, Unternehmerin, Oberägeri
Vorstand SVP Oberägeri, Mitglied Pro Schweiz
Dipl. Innenarchitektin, Dipl. Immobilienvermarkterin, Dipl. Psychologische Kompetenzen für Gesprächsführung und Beratung inkl. Mediation
Hobbies: Joggen, Wandern, die Natur geniessen, Lesen

SVP Oberägeri und Unterägeri gemeinsam gegen Littering

Taten statt Worte! Unter diesem Motto engagierten sich die SVP-Ortsparteien aus dem Ägerital im Sommer 2022 für eine saubere Umwelt und den Schutz der Tiere.

Im Rahmen des «Anti Littering Days – für saubere Kuhweiden» haben Mitglieder der SVP der Gemeinden Oberägeri und Unterägeri Kuhweiden und Wegränder von Müll befreit und so einen messbaren Beitrag für Lebensqualität und Natur geleistet. Die engagierte Gruppe ist auf einiges an Unrat gestossen. Unzählige Zigarettenstummel, PET-Flaschen, Alu-Dosen und Plastiksäcke wurden eingesammelt und sauber getrennt recycelt oder entsorgt.

Allerdings hatte sich die Truppe auf noch viel mehr Müll eingestellt gehabt. Der Bevölkerung des Ägeritals kann ein Kompliment ausgesprochen werden, grösstenteils achtet sie die Natur und wirft nicht achtlos Abfall weg. Auch den Mitarbeitern des Werkhofs ist ein Lob auszusprechen. Sie haben einen grossen Anteil daran, dass unser Ägerital noch so sauber ist.

Mit ihrem «Anti Littering Day» haben die SVP Oberägeri und die SVP Unterägeri einen kleinen, aber wichtigen Beitrag für eine saubere und intakte Umwelt geleistet. Littering verursacht für die Allgemeinheit hohe Kosten, schadet der Natur und kann für Tiere sogar tödlich sein.

Für die SVP Ortsparteien Oberägeri und Unterägeri
Esther Monney-Rogenmoser,
Kantonsrätin Unterägeri



Liste «Junge Schweizerische Volkspartei»



Simon Speck

*2004, in Ausbildung zum Kaufmann EFZ, Walchwil
Präsident Junge SVP Kanton Zug, Mitglied Militärschiessverein Zug
Hobbies: Musik, Schiessen, Skifahren, Wakeboarden



Kathi Büttel

*1993, ein Kind, Kaufmännische Angestellte, Baar
Familienkommission Baar, ehem. Präsidentin Junge SVP Kanton Zug (2020-2023)
Hobbies: Familie, Lesen



Nico Casillo

*1998, Kundenberater (Privatkunden und KMU), Steinhausen
Mitglied Grosser Kirchgemeinderat des Kantons Zug, Bezirkskirchenpflege, Begleitgruppe Ortsplanungsrevision Steinhausen
Hobbies: Outdoor-Sport, Feuerwehr, Fasnacht, Politik

Einstehen für die Schweiz von morgen!

Wir von der Jungen SVP leben keine Fantasien und Träumereien, sondern wollen die Vorzüge des Standorts Zug, aber auch die Einmaligkeit des Schweizer Politsystems, der direkten Demokratie, stärken.



Mit Verantwortung und Respekt setzen wir JSVP-ler Meilensteine und «wecken die Gesellschaft auf». Durch Weitsicht wollen wir unsere Unabhängigkeit und unser demokratisches System bewahren – und sie für die Zukunft stärken. Du bist zwischen 14 und 35 Jahren alt, möchtest informiert sein oder gar aktiv am Politgeschehen der JSVP teilnehmen? Egal ob in Ausbildung, im Beruf oder als junger Unternehmer – unabhängig, ob du aktiv an der Front mitwirken oder als

«normales» Mitglied dabei sein möchtest: melde dich bei uns ungezwungen! Wir suchen schlaue, freiheitsliebende Köpfe, die bereit sind, mit uns den Weg in die Zukunft zu gehen und diese mitzubestimmen. Bei der JSVP Kanton Zug kämpfen wir mit Engagement für unsere Rechte. Denn nur zusammen sind wir stark und werden mit grossem Rückhalt getragen.

Neben der politischen Arbeit soll auch

die Freude am Leben nicht verloren gehen. Trotz hitziger Themendiskussionen haben wir es bei unseren regelmässigen Treffs stets auch lustig und gemütlich.

Hast du Fragen oder Ideen? Melde dich jederzeit bei uns unter info@jsvp-zg.ch oder www.jsvp-zug.ch.

Simon Speck, Präsident JSVP Kanton Zug

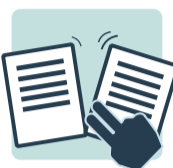
National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie im Kanton Zug richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis



2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte: Nur eine der sechs SVP-Listen vom Wahlzettelbogen abtrennen:

- SVP – Die Schweizerische Volkspartei (Stammliste)
- SVP – Für einen dynamischen Ennetsee!
- SVP – Für eine starke Stadt Zug!
- SVP – Für ein lebenswertes Baar!
- SVP – Für unser schönes Ägerital!
- SVP – Junge Schweizerische Volkspartei



3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert: Nur eine der sechs SVP-Listen ins kleine Couvert legen.



4. Wählen Sie Ihren Ständerat: Nur den Namen Thomas Werner auf den Ständeratswahlzettel schreiben. Zweite Zeile leer lassen.



5. Ständeratszettel ins kleine Couvert: Legen Sie den Ständeratszettel zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert. Dieses Couvert unbedingt zukleben.



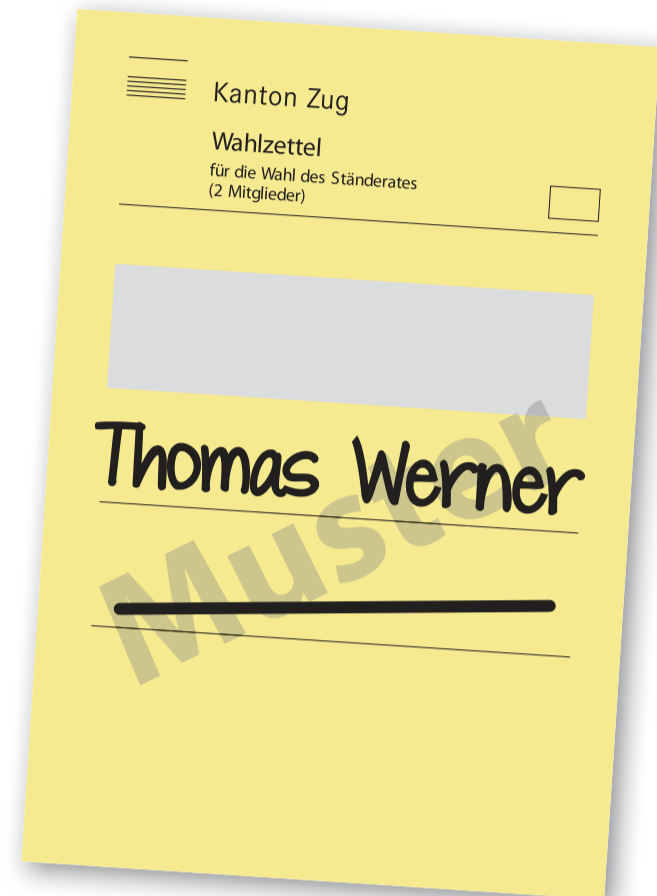
6. Stimmrechtsausweis unterschreiben: Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



7. Alles ins grosse Couvert: Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.



8. Abschicken: Couvert bis spätestens 18. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober an die Urne gehen.



Schicken Sie uns Ihre Fragen per Mail an:

sekretariat@svp-zug.ch

oder rufen Sie uns zu Bürozeiten an auf: **079 680 17 44**

www.svp-zug.ch



Achtung!

- Legen Sie **nur eine Nationalratsliste** ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Thomas Aeschi
bisher
in den Nationalrat

Thomas Werner
Thomas Werner
in den Ständerat

Gregor Bruhin

 svp-zug.ch

 **SVP**
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes